

## V-3

Antragsteller\*innen: Wibke Brems u.a.

Gegenstand: TOP 11: Verschiedenes

### **Gewinnung von Erdgas überflüssig machen: Energiewende vorantreiben**

1 Seit Jahren beschäftigt uns die mögliche Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas in NRW.  
2 Konzerne sicherten sich die Claims, so genannte Aufsuchungslizenzen, für halb Nordrhein-  
3 Westfalen. Sie garantierten sich so die Zugriffsrechte für das Erdgas im Boden, um mittels  
4 Fracking Gas zu gewinnen. Wäre es nach den Gaskonzernen gegangen, gäbe es heute in  
5 NRW schon ein Dutzend oder noch viel mehr Fracking-Bohrungen im Land. Dass das  
6 verhindert wurde, ist einem breiten Bürger\*innenwiderstand zu verdanken und der Lan-  
7 desregierung – vor allem Umweltminister Johannes Remmel – der einen Fracking-Boom  
8 trotz Bundesberggesetz verhindert. NRW war und ist hier Vorreiter unter den Bundes-  
9 ländern. Grundlage für die Aufsuchungslizenzen und die Möglichkeit für Gasgewinnung  
10 mittels Fracking auch gegen den Willen der Bundesländer und Kommunen ist das Bundes-  
11 bergrecht, das trotz mehrfacher Aufforderungen des Bundesrats und Anträgen der Grünen  
12 Bundestagsfraktion im Bundestag bisher von keiner Bundesregierung geändert wurde. Es  
13 muss aber verschärft werden, um die Gefahren der Erdgasgewinnung einzudämmen und  
14 Fracking zu verbieten. Die Große Koalition in Berlin will kein Fracking-Verbot so wie Grü-  
15 ne es in Bund und Land wollen, sondern ein Fracking-Ermöglichungsgesetz. Dem werden  
16 wir uns in Bundestag und Bundesrat widersetzen.

### **17 Wir verhindern Fracking!**

18 Umwelt- und Wasserschutz haben für uns GRÜNE oberste Priorität. Auch deshalb lehnen  
19 wir die Hochrisikotechnologie Fracking ab. Unter Einsatz von Chemikalien soll mit Hilfe  
20 dieser Technologie Erdgas durch das Aufbrechen des Untergrunds gewonnen werden. Die  
21 befürchteten Auswirkungen auf unser Wasser, unsere Umwelt und damit uns Menschen  
22 sind hoch und aktuell nicht einzuschätzen. Die gesetzliche Grundlage für die Gewinnung  
23 von Erdgas bildet das Bundesbergrecht. Die Bundesregierung verschließt jedoch die Augen  
24 vor den Gefahren und tut seit Jahren, trotz gegenteiliger Ankündigungen nichts, um das  
25 Bundesrecht anzupassen. Im Gegenteil: Auf dem Tisch liegt seit einem Jahr der Entwurf  
26 eines Fracking-Ermöglichungsgesetzes. Deswegen hat die Landesregierung NRW die Initia-  
27 tive ergriffen und ist im Begriff, rechtliche Grundlagen für den Ausschluss von Fracking in

28 NRW zu schaffen. Die Handlungsmöglichkeiten des Landes sind jedoch begrenzt. Ohne ein  
29 konsequentes Handeln der Bundesregierung lässt sich Fracking nicht generell verhindern.  
30 Schwarz-rot muss endlich handeln.

31 Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Bundes-  
32 bergrechts in den Bundestag eingebracht, um Fracking in unkonventionellen Lagerstätten  
33 ein für alle Mal im Bundesberggesetz zu verbieten und unsere Umwelt und unser Was-  
34 ser zu schützen. Dieser Gesetzesentwurf ist die Möglichkeit, die versprochene Klarheit zu  
35 schaffen.

## 36 **Risiken der Gasgewinnung ohne Fracking eindämmen**

37 Nicht alle Probleme bei der Erdgasgewinnung werden dadurch gelöst, dass keine Frack-  
38 flüssigkeit eingesetzt wird. Auch bei der so genannten konventionellen Gewinnung von  
39 Erdgas treten Umweltauswirkungen auf, die es zu verhindern gilt: Neben einer erhöhten  
40 Erdbebengefahr sind teils stark belastetes Lagerstättenwasser, erhöhte Lärmbelästigung  
41 und Flächenverbrauch sehr kritisch zu sehen, besonders in einem so dicht besiedelten  
42 Land wie NRW. Das Münsterland darf keine Region der Bohrtürme und der rücksichtslo-  
43 sen Ausbeutung der Landschaft werden. Daher darf auch die sogenannte Tektomechanik  
44 keinen Freifahrtschein bekommen, denn wir sehen auch diese Methode sehr kritisch.

45 Unter den aktuellen bundesrechtlichen Rahmenbedingungen lässt sich eine Aufsuchung  
46 und Gewinnung von Erdgas ohne Fracking auf Landesebene nicht verhindern. Die Vor-  
47 aussetzungen für die Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas werden im Bundesbergrecht  
48 geregelt und das ist nur durch den Bundestag zu ändern. Umso wichtiger sind strenge  
49 Umweltauflagen und der Schutz unseres Trinkwassers, um die Sicherheit für Mensch und  
50 Umwelt zu gewährleisten.

## 51 **Bergrecht dringend reformieren**

52 Solange das Bundesrecht nicht anerkennt, dass die Aufsuchung und Gewinnung von fos-  
53 silen Rohstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten Risiken haben und das Bundesberg-  
54 recht den Ländern keine Handlungsspielräume erlaubt, solange ist die Landesregierung in  
55 ihrem Handeln massiv eingeschränkt und bei einer ordnungsgemäßen Beantragung von  
56 Erdgaserkundung und -gewinnung fast immer zur Genehmigung gezwungen. Zudem bie-  
57 tet das Bergrecht den betroffenen Kommunen aktuell keine Möglichkeit über das, was in  
58 ihren Gebieten passiert, final mitzuzentscheiden.

59 Schwarz-Rot verhindert im Bund nicht nur eine dringende Überarbeitung des Bergrechts,  
60 sondern ist scheinbar nicht in der Lage, Fracking in Deutschland zu regeln, geschweige  
61 denn endlich ein Fracking-Verbot einzuführen. Auf die anderen Probleme, die die Förde-  
62 rung von unkonventionellem Erdgas unabhängig von der Methode mit sich bringt, geht  
63 die Bundesregierung gar nicht erst ein.

64 Schwarz-rot muss endlich Handeln und neben einem Frackingverbot auch endlich ein  
65 Bergrecht schaffen, das die Realität des 21. Jahrhunderts anerkennt, Bürger\*innen Rechte  
66 gibt und die Umwelt schützt.

## 67 **Energiewende vorantreiben**

68 In Anbetracht des rasanten Ausbaus der Erneuerbaren Energien stellt sich zudem noch  
69 eine zentrale Frage: Warum sollte in fossile Technik investiert werden? Wir GRÜNE und  
70 inzwischen große Teile der Wirtschaft, fordern, die Anstrengungen zur Energiewende zu  
71 erhöhen. Das Gas, das irgendwann einmal gewonnen werden könnte, würde womöglich  
72 gar nicht mehr gebraucht werden. Im Gegenteil: Nach dem Klimaabkommen von Paris ist  
73 klar, zwei Drittel aller heute bekannten Kohle-, Öl- und Gasvorkommen müssen unter der  
74 Erde bleiben, wenn wir die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad begrenzen wollen. Zudem wer-  
75 den konventionelle Kraftwerke ohnehin immer weniger zur Versorgungssicherheit benötigt,  
76 wenn die Energiewende begleitet wird von Investitionen in intelligentes Lastmanagement,  
77 zielgerichteten Netzausbau, den Ausbau der Speicherinfrastruktur und die Vernetzung des  
78 Stromsektors mittels Informations- und Kommunikationstechnologie (Smart Energy).

79 Deshalb brauchen wir keine neuen Investitionen in die Gewinnung fossiler Energien. Wir  
80 brauchen Divest: raus aus den Fossilen und rein in die Erneuerbaren. Das gilt für neue,  
81 aufwendige Gasbohrungen hierzulande genauso wie für Mega-Projekte wie das von der  
82 Bundesregierung unterstützte Gazprom-Pipelineprojekt North-Stream 2 durch die Ost-  
83 see. Vor diesem Hintergrund ist jede Investition in fossile Gewinnungstechnik und Infra-  
84 struktur fragwürdig, denn sie werden die Investitionsruinen von Morgen sein und bindet  
85 Kapital, welches unsere Gesellschaft dringend zur wirklichen Transformation unseres Ener-  
86 giesystems braucht. Der Neubau von Kohlekraftwerken in den letzten zehn Jahren von  
87 RWE & Co., die heute allesamt nicht wirtschaftlich sind und für Energieversorgung nicht  
88 mehr gebraucht werden, hat das eindrucksvoll gezeigt.

89 Wir GRÜNEN stehen für eine Energiewende mit der wir mittel- und langfristig 100 Pro-  
90 zent unseres Energiebedarfs für Strom, Wärme und Mobilität aus erneuerbaren Energien  
91 gewinnen können. Schwarz-Rot jedoch ist weiter denn je von der wirklichen Energiewende  
92 entfernt: Durch Nichts-Tun im Bereich Fracking und Vergoldung von alten Braunkohle-  
93 meilern, die längst abgeschaltet gehören, unterstützt sie die fossilen Energieriesen. Sie gibt  
94 damit fossilen Energieträgern auf Kosten unseres Klimas und unserer Umwelt noch mal  
95 den Vorzug, obwohl alle Zeichen dagegen sprechen.

96 Gleichzeitig entwirft die Bundesregierung ein EEG 2016, das das Ende für Bürgerenergie  
97 und der neuen Wirtschaftszweige im Erneuerbaren Energien Sektor bedeutet. Den Ausbau  
98 der Windenergie an Land vom Ausbau aller anderen Erneuerbaren Energien abhängig zu  
99 machen, spielt die Energieträger der Zukunft gegeneinander aus und zerstört Arbeitsplät-  
100 ze. Für NRW bedeuten diese Pläne, dass die guten Entwicklungen der letzten Jahre bei der  
101 Windenergie, unsere Ziele und ein ganzer Wirtschaftszweig bewusst gefährdet werden.

102 Statt des krampfhaften Festhaltens der Bundesregierung an der Vergangenheit brauchen  
103 wir Investitionen in die Zukunft: Statt eines Bergrechts das aus dem vorletzten Jahr-  
104 hundert stammt brauchen wir Gesetze, die unsere Umwelt und unser Wasser schützen  
105 und Bürger\*innen umfassende Rechte gibt. Statt eines Geldtropfs für die Kohlekonzerne,  
106 brauchen wir eine passende Finanzierung für die Erneuerbaren, die auch Bürgerenergie  
107 unterstützt. Statt auch die letzten fossilen Energieträger – egal was es die Umwelt kos-  
108 tet – aus dem Boden zu pressen, brauchen wir einen echten Ausbau der Erneuerbaren  
109 Energien.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **Antragsteller\*innen**

Wibke Brems, KV Gütersloh  
Oliver Krischer, KV Düren  
Richard Dammann, KV Coesfeld  
Thomas Möller, KV Münster  
Jan-Niclas Gesenhues, KV Steinfurt  
Katrín Uhlig, KV Bonn  
Norwich Rüße, KV Steinfurt  
Josefine Paul, KV Münster  
Maria Klein-Schmeink, KV Münster  
Ali Baş, KV Warendorf  
Christa Stiller-Ludwig, KV Hagen  
Raphaëla Blümer, KV Warendorf  
Reiner Priggen, KV Aachen  
Mona Neubaur, KV Düsseldorf  
Martin-Sebastian Abel, KV Düsseldorf  
Thomas Reimeier, KV Lippe  
Gertrud Welper, KV Borken  
Christoph Gormanns, KV Düsseldorf  
Peter Umlauf, KV Münster  
Gerd Brust, KV Köln  
Anja Cäsar, KV Krefeld  
Hans-Jürgen Klein, KV Rheinisch Bergischer Kreis  
Vanessa Braun, KV Münster  
Jörg Thiele, KV Krefeld  
Klaus Lüdemann, KV Wuppertal  
Oliver Buschmann, KV Bochum  
Carsten Peters, KV Münster

Kerstin Dönecke KV Aachen

Michael Merkel, KV Bochum

Robin Korte, KV Münster

Dr. Michael Rumphorst, KV Viersen

Meinolf Sellerberg, KV Münster

Wilhelm Breitenbach, KV Münster

Martin Neumann, KV Bochum

Gitte Trostmann, KV Gütersloh

Can Erdal, KV Düsseldorf

Christian Wieda, KV Gütersloh

Ute Goerke, KV Dortmund